

zu verschärfen und einem normalen Handel Steine in den Weg zu legen, zeigen, wer der Störenfried in Europa ist.

Hierzu können wir nur sagen: So störend diese Politik auf die friedliche internationale Zusammenarbeit wirkt, so aussichtslos ist das Ziel, damit die wirtschaftliche Entwicklung in den sozialistischen Staaten zu beeinträchtigen. Obwohl der Bonner Außenminister Schröder das weiß, hatte er auf einer Pressekonferenz in Tokio die Stirn, die Entwicklung von Handelsbeziehungen zu sozialistischen Staaten mit der Forderung nach politischen Konzessionen zu verbinden, d. h., er will den Handel zu einem Mittel der politischen Einmischung in die inneren Angelegenheiten sozialistischer Staaten machen. Diese Erpressungsversuche werden gegenüber den sozialistischen Staaten Ost- und Südosteuropas ebenso scheitern, wie sie gegenüber der DDR schon gescheitert sind.

Im gleichen Atemzug mit der Propagierung von Embargo-Maßnahmen spricht man in Bonn von der Normalisierung der Handelsbeziehungen Westdeutschlands zu einigen sozialistischen Staaten.

Wir begrüßen jeden Schritt zur Normalisierung der Beziehungen zwischen Westdeutschland und sozialistischen Staaten. Wir müssen jedoch darauf hinweisen, daß maßgebliche westdeutsche Kreise geäußert haben, daß sie die Einrichtung von Handelsvertretungen in sozialistischen Staaten für Ziele nutzen möchten, die mit dem völkerverbindenden Handel nichts gemein haben. Daher weigern sie sich auch beharrlich, mit diesen Ländern diplomatische Beziehungen aufzunehmen.

Was gibt es angesichts der Bemühungen um die Herstellung zwischenstaatlicher Beziehungen zwischen Westdeutschland und sozialistischen Staaten Ost- und Südosteuropas eigentlich für Gründe, nicht auch normale Handels- und Wirtschaftsbeziehungen zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und kapitalistischen Staaten Europas herzustellen? Warum können nicht Handelsmissionen der DDR beispielsweise in London, Paris und Rom und umgekehrt britische, französische und italienische Handelsmissionen in der Hauptstadt der DDR, Berlin, eingerichtet werden? Wären das nicht äußerst praktische und für jede Seite nützliche Schritte der Verständigung und internationalen Entspannung?